

MIT IN DEN MEDIEN

PRESSESPIEGEL

24. OKTOBER 2022

INHALTSVERZEICHNIS

Print-Artikel	Seite 2
Social-Media-Auswertung	Seite 6

Der Pressespiegel der Bundesgeschäftsstelle der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) dient ausschließlich der internen Information. Ein Ausdruck ist nur für den eigenen Gebrauch gestattet. Jegliche darüber hinausgehende Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe stellt einen Verstoß gegen § 106 UrhG (Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte) dar. Die elektronische Fassung dieses Pressespiegels ist nach Ablauf von vier Wochen zu löschen.

Hinweis: Der Pressespiegel erscheint seit dem 24. Januar 2022 ergänzt um eine Social-Media-Auswertung. Auf einige bisherige Funktionen wie Markierungen und Verlinkungen wird aus Ressourcengründen und zur Beschleunigung des Versands fortan verzichtet. Tipp: Nutzen Sie die Suchfunktion (Microsoft: STRG+F; Mac: Befehlstaste+F; mobil meist über Adressleiste) und geben Sie *mittelstand* ein, um schnell zu den wichtigsten Erwähnungen zu gelangen.

Fragen und Anregungen richten Sie bitte an berndt@mit-bund.de, Tel: 030/220798-17

Autor: FILIPP PIATOV
Seite: 1 bis 2
Rubrik: Titelseite

Jahrgang: 2022
Nummer: 248
Auflage: 1.420.512 (gedruckt)¹ 1.106.082 (verkauft)¹
 1.136.082 (verbreitet)¹
Reichweite: 7,07 (in Mio.)²

Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

¹ von PMG gewichtet 07/2022

² von PMG gewichtet 7/2022

ENERGIE-KRISE

Angst vor der Winter-Lücke

Deutschland zittert vor der

WINTER-LÜCKE

Gaspreis-Bremse erst ab März? Union warnt vor Teuer-Kollaps im Januar und Februar

FILIPP PIATOV

Berlin - Deutschland steht vor dem teuersten Winter aller Zeiten. Doch ausgerechnet für die kalten Monate Januar und Februar hat die Ampel-Regierung noch immer keine Lösung gefunden.

DENN: Das von Kanzler Olaf Scholz (64, SPD), Finanzminister Christian Lindner (43, FDP) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) gut gelaunt präsentierte Experten-Papier ("Sicher durch den Winter") enthält KEINEN Plan für die ersten beiden Bibber-Monate 2023.

Die Gaspreis-Bremse? Greift erst ab März, zum Ende der Heiz-Saison.

Bedeutet: Deutschland zittert vor Rekord-Rechnungen, Produktionsstopps und Massenpleiten!

Die Union will sich damit nicht abfinden, warnt vor der gefährlichen "Win-

ter-Lücke"!

Es sei "fahrlässig, wenn die Ampel weiterhin an der Winter-Lücke beim Schutz festhält", sagt NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (47) zu BILD. Nach der Einmalzahlung im Dezember müsse die Gaspreis-Bremse "direkt ab dem 1. Januar wirken und nicht erst ab März". Sollte das technisch nicht umsetzbar sein, dann müsse sie rückwirkend gelten.

Dazu kommt: Millionen Mieter bekommen den Dezember-Abschlag vom Staat erst Monate später. Zunächst fließt das Geld an Vermieter bzw. Hausverwaltungen, berichtet BILD am SONNTAG.

Bedeutet: Bürger müssen horrenden Summen vorstrecken, womöglich für die gesamte Heizperiode, obwohl der Ampel das Problem praktisch seit Kriegsbeginn bekannt war.

Auch Betriebe sind betroffen!

Gitta Connemann (58, CDU), Chefin der Wirtschaftsunion, warnt in BILD: "Die Winter-Lücke ist kein Drohszena-

rio. Sie ist Realität." Connemann fordert eine Preisbremse zum 1. Januar, "nicht nur für Gas" und "nicht nur für energieintensive Betriebe". Sonst drohe dem Mittelstand der "Energie-Kollaps". Der deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) warnt vor massenhaftem Produktionsausfall, weil viele Firmen wegen der Preisschwankungen keine Energie-Verträge bekommen. DIHK-Präsident Peter Adrian (65): "Wenn hier keine Lösung gefunden wird, stehen zum Jahreswechsel Teile unserer Wirtschaft still."

Wirtschaftsexperte Tilman Kuban (35, CDU) spricht von "Pfusch". "Das ist ein Konjunkturprogramm für die AfD und Sprengstoff für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft."

SPD-Chef Lars Klingbeil (44) versprach im "Deutschlandfunk", sich mit diesen Problemen "jetzt im Parlament beschäftigen" zu wollen.

Abbildung: "Sicher durch den Winter"? Fakt ist: Das Ampel-Trio Olaf Scholz, Robert Habeck und Christian Lindner hat noch keinen Plan für das Energie-Problem im Januar und Februar
Abbildung: NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst
Abbildung: Fotos: PICTURE ALLIANCE/DPA
Wörter: 358
Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

Seite: 3
Ressort: Antworten und Debatte
Ausgabe: Hauptausgabe

Jahrgang: 2022
Nummer: 243
Auflage: 26.603 (gedruckt)¹ 29.275 (verkauft)¹
 29.630 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,093 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ von PMG gewichtet 07/2022

² von PMG gewichtet 7/2022

Niedersachsens Viertklässler lesen, schreiben und rechnen nur mittelmäßig

Lehrerverband: Die Ergebnisse der Studie sind niederschmetternd – Gitta Connemann fordert: Weniger Gendern, mehr Mathematik

Hannover Viertklässler in Niedersachsen haben im Bundesländer-Vergleich durchschnittliche Fähigkeiten in Rechtschreibung, im Lesen und in Mathe. Das ist ein Ergebnis einer von der Kultusministerkonferenz vorgestellten Untersuchung, die im Abstand von fünf Jahren die Kompetenzen in der Altersklasse repräsentativ untersucht.

Im Ganzen sind die Unterschiede durchaus markant. Die Kompetenzrückstände (beim Lesen und Zuhören) etwa der Bremer Viertklässler entsprechen im Vergleich mit Kindern aus Bayern oder Sachsen einem ganzen Schuljahr. Grundlage waren Tests an fast 1500 Schulen in ganz Deutschland mit etwa 27.000 Viertklässlern zwischen April und August 2021. In Niedersachsen nahmen 1525 Schülerinnen und Schüler an 89 Schulen an dem Test teil.

Minister: Wir müssen uns mehr auf

Grundschulen konzentrieren

Insgesamt sank im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2016 auch bundesweit der Anteil der Kinder, die den „Regelstandard“ schafften, also das, was im Schnitt von Schülerinnen und Schülern in diesem Alter erwartet wird. Im Lesen erreichten 2021 laut Studie 54 Prozent der niedersächsischen Viertklässler den „Regelstandard“. Auch in Sachen Mathe waren es nur 52 Prozent – und in puncto Rechtschreibung sogar nur etwas mehr als ein Drittel. Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) räumte ein, dass der Handlungsbedarf hoch sei. Es gelte, die Ursachen für die negative Tendenz zu analysieren und die notwendigen Schlussfolgerungen konsequent zu ziehen. „Das geht nicht im Schnellschuss-Verfahren, sondern muss seriös vorbereitet werden“, sagte Tonne. Der bildungspolitische

Fokus müsse zukünftig noch stärker auf die Grundschulen gerichtet werden. „Die Erhöhung der Gesamtstundenzahl in der Grundschule wäre eine wirksame Maßnahme“, sagte Tonne.

Torsten Neumann, Vorsitzender des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL), sprach von einem „niederschmetternden Ergebnis“. Der seit langem eklatante Lehrkräftemangel auch an Grundschulen habe einen erheblichen Anteil an dieser Entwicklung.

Der Rückgang schon bei der Grundschulbildung müsse alle alarmieren, sagte die Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Gitta Connemann. Immer mehr Betriebe beklagen ihr zufolge die mangelnde Ausbildungsfähigkeit. „Weniger Gendern, mehr Mathe und Lebenskunde“, forderte die CDU-Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Unterems. dpa

Abbildung:

„Eine Nuss ist hart“, steht oben links in diesem Grundschul-Diktat. Die Ergebnisse der neuen Viertklässler-Studie dürften manche Bildungspolitiker auch als harte Nuss begreifen. Pleul dpa

Fotograf:

dpa / dpa-Zentralbild

Wörter:

330

Ort:

Hannover

Autor: Von Andreas Schnadwinkel
Ressort: /WN/Regiodesk WB/Meinung

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 5.728 (gedruckt) ¹ 4.775 (verkauft) ¹
5.264 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,025 (in Mio.) ²

Ausgabe: Hauptausgabe

¹ von PMG gewichtet 07/2022

² von PMG gewichtet 7/2022

Arbeit wird unattraktiver gemacht

Bürgergeld ist ungerecht

-Von Andreas Schnadwinkel- Das Bürgergeld ist falsch, weil es den Abstand zwischen Sozialleistung und Erwerbseinkommen verkürzt. Für Leute, die nicht viel verdienen, lohnt es sich immer weniger, überhaupt zu arbeiten.

Ein angestellter, verheirateter Maler mit zwei Kindern hat jetzt vorgerechnet: 2145 Euro netto plus 438 Kindergeld ergeben 2583 Euro. Würde er nicht arbeiten, sondern das neue Bürgergeld kassieren, ginge die Rechnung so: 502 Euro für ihn, 451 Euro für seine Frau,

318 Euro für das sechsjährige Kind und 420 Euro für das 14-jährige Kind – plus 800 Euro Miete und 250 Euro Heizkosten. Das macht 2741 Euro, die der Maler ab 1. Januar vom Staat bekommen könnte. Also 158 Euro mehr für Nichtstun.

Dieses Beispiel, das kein Einzelfall ist, zeigt: Das Bürgergeld hebt den Grundsatz aus, dass Leute, die arbeiten, mehr Einkommen haben müssen als Leute, die nicht arbeiten. Deswegen ist das Bürgergeld ungerecht. Dass der höhere

Mindestlohn daran etwas ändert, darf bezweifelt werden. Angebracht ist auch die Kritik an der langen Karenzzeit. Die Chefin der Mittelstandsunion, Gitta Connemann, sagt: „Dieses Bürgergeld macht Clans noch reicher.“ Das mag zwar populistisch sein, es stimmt aber. Die FDP hat für das Bürgergeld gekämpft, um Alleinerziehende zu stärken. So haben sich die Liberalen die Ausgestaltung gewiss nicht vorgestellt.

Wörter: 206

Seite: 1
Ressort: OZ Titelseite
Ausgabe: Hauptausgabe
Mediengattung: Tageszeitung

Nummer: 244
Auflage: 22.650 (gedruckt)¹ 28.036 (verkauft)¹
 29.381 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,091 (in Mio.)²

¹ IVW 2/2022

² AGMA ma 2022 Tageszeitungen

Grüne fremdeln noch mit dem Machtwort von Scholz

Atomenergie Kritik kommt auch aus Ostfriesland – Ampel verteidigt Weiterbetrieb von AKW Emsland

Ostfriesland/Berlin / TE/DPA - Der grünen Parteiführung in Berlin weht heftiger Gegenwind ins Gesicht. Nach dem Kanzler-Machtwort zu der verlängerten Laufzeit auch des Atomkraftwerks Emsland kam am Dienstag vor allem von den niedersächsischen Grünen Kritik. Aber auch auf Bundesebene regte sich Widerstand. „Die Entscheidung, das AKW Emsland weiter laufen zu lassen, stößt eine ganze Region vor den Kopf, die sich jahrelang zurecht auf das Laufzeitende verlassen hat“, teilte

der Grünen-Bundestagsabgeordnete Julian Pahlke (Leer) mit. Auch das Machtwort des Kanzlers ändere nichts daran, dass das Kernkraftwerk Emsland keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit leiste – und auch die Strompreise dadurch nicht spürbar beeinflusst würden.

Tadel von ganz anderer Seite kam am Dienstag auch von der Chefin der Mittelstandsunion, Gitta Connemann (Hesel): „Der Kanzler zieht sein schärf-

stes Schwert – und am Ende steht de facto die Grünen-Position: keine Laufzeitverlängerung, keine neuen Brennstäbe.“ Es bleibe beim Atomausstieg zum 15. April 2023. Dieser faule Kompromiss helfe der Ampel, aber nicht dem Land, teilte die CDU-Bundestagsabgeordnete mit. „Wenn der Bundeskanzler schon ein Machtwort spricht, sollte er auch richtig durchgreifen“, so Connemann. Erforderlich sei der Weiterbetrieb aller drei Kernkraftwerke bis mindestens Ende 2024. Denn der Strommangel werde im kommenden Winter ebenso so groß sein wie in diesem Winter.

Trotz parteiinterner Kritik will die Grünen-Spitze die Entscheidung von Kanzler Olaf Scholz (SPD) zum Weiterbetrieb der drei noch verbliebenen Atomkraftwerke bis ins Frühjahr mittragen. Die Grünen-Parteivorsitzende Ricarda Lang sagte am Dienstag in Berlin: „Der Kanzler hat sich jetzt entschieden, Gebrauch von seiner Richtlinienkompe-

tenz zu machen – wir werden diesen Weg als Partei mitgehen.“ Auch Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) warb für die Entscheidung des Bundeskanzlers.

Ebenfalls Zustimmung kam vom anderen Koalitionspartner. FDP-Chef und Bundesfinanzminister Christian Lindner sagte, der Vorschlag finde die volle Unterstützung der Freien Demokraten. Der energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Michael Kruse, verbuchte die Entscheidung als Unterstützung für seine Partei. FDP-Vize Wolfgang Kubicki sieht nach dem Machtwort des Kanzlers die Energiefrage auch im kommenden Frühjahr auf der Tagesordnung.

Erwartet wird, dass das Kabinett an diesem Mittwoch einem neuen Entwurf zur Änderung des Atomgesetzes zustimmt. Seite 2, 3

Wörter: 339
Urheberinformation: Zeitungsgruppe Ostfriesland GmbH

Erfolgreichster Tweet

MIT Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)  @MIT_bund · 21. Okt.



Hätten Sie's gedacht? Würde man nicht 3, sondern 6 Kernkraftwerke ans Netz nehmen (immerhin gibt es ja noch 3 weitere KKW, die betriebsbereit sind), könnten sie zusammen rund 70 Mio. Tonnen CO2 pro Jahr einsparen. Das entspricht dem Ausstoß von etwa 51,9 Mio. Kleinwagen



272



102



106

Impressions ⓘ

13.275

Interaktionen ⓘ

782

Detailerweiterungen ⓘ

160

Neue Follower ⓘ

Profilbesuche ⓘ

Erfolgreichster Facebook-Beitrag

**Mittelstands- und Wirtschaftsunion** 
Gepostet von Juliane Berndt  · 3 Tage · 

Klartext in der Regierungserklärung? Fehlanzeige. Auch heute blieb uns Bundeskanzler Scholz die Modalitäten zur Gaspreisbremse schuldig. Die MIT-Bundesvorsitzende [Gitta Connemann](#) hält dieses Hinhalten für inakzeptabel. Bei [WELT Nachrichtensender](#) sagte sie: „Der Mittelstand ist in Deutschland zuhause. Aber er braucht Planungssicherheit“ – und die liefert die Ampel einfach nicht.



8.856 Erreichte Personen 906 Interaktionen [Beitrag bewerben](#)

 Original Sonsbecker Grillmeister und 182 weitere Personen 15 Kommentare 108 Mal geteilt

Insights ⓘ

Letzte 14 Tage ▾ 10. Okt. - 23. Okt.

Übersicht

Du hast **+117%** mehr Konten erreicht als im Zeitraum 26. Sept. - 9. Okt.

Erreichte Konten	4.597	>
	+117%	
Konten, die interagiert haben	478	>
	+88,9%	
Gesamtzahl der Follower	944	>
	+4,3%	